Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

50. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 5. Dezember 1962

51. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 7. Dezember 1962

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter Wittrock Wie stellt sich die Bundesregierung zu der in der Offentlichkeit vertretenen Ansicht, der Abdruck einer Außerung des Prof. Hellmuth Mayer in Nr. 217 des "Bulletin der Bundesregierung" sei ein ungewöhnlicher Mißbrauch dieser Publikationsmöglichkeit des Bundespresse- und Informationsamtes?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

II. 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen)

Trifft es zu, daß bei allen Buchweizen-Fabrikaten mit wesentlichen Preissteigerungen gerechnet werden muß?

II. 2. Abgeordneter Wächter

Was veranlaßt die Bundesregierung, zu den Bundeszuschüssen zur Förderung besonderer Vorhaben auf dem wasserwirtschaftlichen und kulturtechnischen Gebiet im Küstengebiet (Küstenschutz), Einzelplan 10 Kapitel 10 02 Titel 619, Rechnungsjahr 1962, höhere Eigenleistungen für die beschleunigte Deicherhöhung und Deichverstärkung von den Deichverbänden oder anderen Trägern dieser Baumaßnahmen zu fordern?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

III. 1. Abgeordneter
SchmittVockenhausen

Warum gibt der Herr Bundesarbeitsminister den kommunalen Versicherungsämtern beim Umtausch der Sozialverscherungskarten (§§ 1411, 1412 RVO, 133, 134 AVG) nicht die Möglichkeit, die Aufrechnungsbescheinigungen durch verwaltungsvereinfachende und auch zuverlässigere beglaubigte Photokopien zu ersetzen?

III. 2. Abgeordneter **Dröscher**

Warum gibt es keine zentrale Forschungsstelle, die sich mit den Folgen der durch jahrelange Kriegsgefangenschaft unter schwersten Bedingungen entstandenen physischen und psychischen Gesundheitsschäden befaßt?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IV. 1. Abgeordneter Peiter

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die Härte auszugleichen, die in § 9 Abs. 6 des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 30. März 1957 liegt, wonach sich bei Wehrpflichtigen, die Beamte im Vorbereitungsdienst bzw. Beamte auf Probe sind, die Vorbereitungszeit oder Probezeit um die Zeit des Wehrdienstes verlängert?

IV. 2. Abgeordneter **Peiter**

Wo wird das Kreiswehrersatzamt Montabaur, das bisher in Montabaur und Diez untergebracht war und jetzt provisorisch in Neuwied untergekommen ist, seinen endgültigen Sitz erhalten?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Drachsler**

Sieht der Herr Bundeswohnungsbauminister eine Möglichkeit, die Bestimmungen des Bundesbaugesetzes über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen und Richtlinien elastischer und regional anwendbarer zu gestalten?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Jungmann**

Wann wird die Bundesregierung in der Lage sein, den Bundesgesundheitsrat neu zu konstituieren, nachdem der größte Teil seiner Mitglieder turnusgemäß ausgeschieden ist?

VI. 2. Abgeordnete Frau Dr. Hubert

Wann tritt der Bundesgesundheitsrat wieder zusammen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesmininisters für besondere Aufgaben

Abgeordneter Wittrock

Wieso liegt es im Rahmen der Zuständigkeit des Bundesministers für besondere Aufgaben, eine anonyme als Gutachten bezeichnete Ausserung zu Rechtsfragen des internationalen Rechtshilfeverkehrs zu veröffentlichen?

VIII. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VIII. 1. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(München)

Wie hoch ist der Zuschuß, den das Auswärtige Amt pro Jahr der Südosteuropa-Gesellschaft gewährt?

VIII. 2. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(München)

Welche Kosten hat der Kongreß der Südosteuropa-Gesellschaft, der jetzt in München stattgefunden hat, verursacht?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Menzel**

Welche Gründe bestanden für die Bundesregierung, der im September 1962 in London durchgeführten 10. Pugwash-Konferenz, die von 220 Wissenschaftlern aus 35 Nationen beschickt worden war, keine Grußbotschaft zukommen zu lassen, obwohl sie sich mit Themen wie "Die Stellung des Wissenschaftlers in der Gesellschaft", "Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit", "Wissenschaft zur Unterstützung der Entwicklungsländer" sowie "Wissenschaft und Erziehung" beschäftigte?

VIII. 4. Abgeordneter
Dr. Dr. h. c.
Friedensburg

In welcher Weise hat die Bundesregierung bei den letzten internationalen Verhandlungen, insbesondere bei der Begegnung der Regierungschefs in Washington und in Bonn, den dringenden Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung der gewaltsam getrennten Landesteile oder zunächst wenigstens nach Wiederherstellung des freien Verkehrs zwischen allen Gliedern des deutschen Volkes zur Geltung gebracht?

VIII. 5. Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Friedensburg

Welche Schritte hat die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse des Prozesses Staschinskij bei der verantwortlichen Sowjetischen Regierung unternommen, um sicherzustellen, daß fremde Geheimdienste auf deutschem Boden künftig keine planmäßigen Mordtaten verüben?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IX. 1. Abgeordnete
Frau Dr. DiemerNicolaus

Beabsichtigt die Bundesregierung bei der Zahlung von Beschäftigungsvergütung die Benachteiligung zu beseitigen, die für unverheiratete Beamtinnen und Angestellte gegenüber Verheirateten dann besteht, wenn in ihrem Haushalt nahe Verwandte — z. B. die Mutter — mitleben?

IX. 2. Abgeordneter
SchmittVockenhausen

Hält der Herr Bundesinnenminister es für angebracht, die Jubiläumszuwendung nach § 80a des Bundesbeamtengesetzes denjenigen Beamten nicht zu gewähren, deren Jubiläum — in Abweichung von den bisherigen Berechnungsgrundsätzen — nunmehr auf einen Zeitpunkt vor dem 1. Oktober 1961 festgesetzt worden ist?

IX. 3. Abgeordneter Dr. Schmidt (Offenbach)

Hat die Bundesregierung statistische Erhebungen über die Zahl der spastisch gelähmten Kinder in der Bundesrepublik durchgeführt?

IX. 4. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Offenbach)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Früherfassung spastisch gelähmter Kinder zu verbessern und Behandlungszentren für spastisch gelähmte Kinder zu errichten bzw. deren Errichtung zu fördern, wie sie in anderen Ländern (beispielsweise Schweden, England, USA), schon längere Zeit bestehen?

IX. 5. Abgeordneter Hammersen

Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 1961 noch in der 4. Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag ihre Gesamtkonzeption zur Neugliederung des Bundesgebiet vorzulegen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

X. 1. Abgeordneter Böhme (Hildesheim) Beabsichtigt die Bundesregierung Folgerungen aus der Erklärung der "Gruppe 47" zu ziehen, in der die Bevölkerung der Bundesrepublik zum Verrat von militärischen Geheimnissen und damit zu einer strafbaren Handlung aufgefordert wird?

X. 2. Abgeordneter
Dr. Arndt (Berlin)

Was ist an der Behauptung wahr, daß bei der Durchsuchung in den Räumen des "Spiegel" Schriftstücke, in denen der Name Zwicknagel vorkommt, und der Stellenplan 1947 des bayerischen Kultusministeriums von der Bundesanwaltschaft und ihren Hilfsbeamten einstweilen in Beschlag genommen seien?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Wann wird der vom Bundeskanzler angeforderte Bericht der Bundesminister der Justiz, der Verteidigung, des Innern und des Auswärtigen über die Beteiligung dieser Ministerien an den Ermittlungen gegen den "Spiegel" entsprechend den Ankündigungen des Bundesministers der Justiz in der Nachmittagssitzung des Rechtsausschusses vom 15. November 1962 dem Bundestag bekanntgegeben?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

XI. 1. Abgeordneter **Dürr**

Wieviel Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze sind durch den Einsatz der Zollboote auf dem Bodensee in den letzten zwei Jahren aufgedeckt worden?

XI. 2. Abgeordneter Metzger

Ich frage den Herrn Bundesfinanzminister, bis wann mit der Vorlage eines Gesetzes über Ausgleichsbeträge für Betriebe der Gebietskörperschaften, die ursprünglich für die Besatzungsmächte arbeiteten und jetzt für die Stationierungsmächte tätig sind, und dessen Verabschiedung in der Fragestunde vom 19. April 1961 für das Ende der damaligen Legislaturperiode in Aussicht gestellt war, gerechnet werden kann.

XI. 3. Abgeordneter Ritzel

Wie viele Einkommensmillionäre und wie viele Vermögensmillionäre gibt es nach dem heutigen Stand in der Bundesrepublik Deutschland?

XI. 4. Abgeordneter Schmidt (Kempten)

Ist die Bundesregierung bereit, die bayerische Staatsregierung vor Inkraftsetzung des vom Bayerischen Landtag am 23. Oktober 1962 verabschiedeten Gesetzes über den Verkehr mit Bier darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz mit dem geltenden Bundesrecht, wie es im Biersteuergesetz in der Fassung vom 10. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1712) geregelt ist, unvereinbar ist?

XI. 5. Abgeordneter Schmidt (Kempten)

Ist die Bundesregierung bereit, die bayerische Staatsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß der Bayerische Landtag gemäß Artikel 74 Nr. 20 des Grundgesetzes zu einer weiteren Gesetzgebung im Rahmen der Biersteuer berechtigt ist?

XI. 6. Abgeordneter Schmidt (Kempten)

Ist der Bundesregierung das Gutachten bekannt, welches in der Frage der Biersteuer Staatssekretär a. D. Dr. Friedrich Meinzold im März 1962 dem bayerischen Senat erstattet hat und in dem auf die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das bayerische Gesetz über den Verkehr mit Bier deutlich aufmerksam gemacht wird?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

XII. 1. Abgeordnete

Welche Vorschläge hat die Regierung Rhein-Dr. Müller-Emmert land-Pfalz bisher im Interministeriellen Saarausschuß der Bundesregierung unter Vorlage von welchen Unterlagen gemacht, um die Notwendigkeit des Baues des Saarpfalz-Kanals im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Pfalz nachzuweisen?

XII. 2. Abgeordneter Kulawig

Zu welchen Ergebnissen kam bisher der Interministerielle Saarausschuß der Bundesregierung hinsichtlich des Baues des Saarpfalz-Kanals?

XII. 3. Abgeordneter Hammersen

Welches Ergebnis haben bisher die baukonjunkturdämpfenden Maßnahmen der Bundesregierung gehabt, insbesondere die Haushaltssperre für Hochbauten und das sogenannte Baustoppgesetz?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XIII. 1. Abgeordneter **Drachsler**

Ist die Bundesregierung bereit, die notwendige Verkehrserschließung der Grenzland- und Randgebiete Bayerns in den nächsten Jahren so stark voranzutreiben, daß diese von der Bundesregierung seit Jahren mit Erfolg geförderten Gebiete bis zum Abschluß der europäischen Integration auch auf dem Gebiete des Verkehrs wettbewerbsfähig werden?

XIII. 2. Abgeordneter **Drachsler**

Besteht eine Gefahr, daß durch die Kürzung der Straßenbaumittel der Ausbau der Autobahn Nürnberg-Amberg und der Autobahn Nürnberg-Regensburg nicht wie geplant in Angriff genommen und bis zum Jahre 1966 wie vorgesehen fertiggestellt wird?

XIII. 3. Abgeordneter Baier (Mosbach)

Hätten sich die schweren Autounfälle auf der Autobahn Karlsruhe-Bruchsal verhindern lassen, wenn auf dem Grünstreifen der Autobahn Leitplanken angebracht gewesen wären?

XIII. 4. Abgeordneter Baier (Mosbach)

Beabsichtigt das Bundesverkehrsministerium auf allen Autobahnstrecken Leitplanken auf den Grünstreifen anbringen zu lassen?

XIII. 5. Abgeordneter Baier (Mosbach)

Wie groß ist der Anteil an Autobahn-Kilometern, wo noch keine Leitplanken angebracht sind?

XIII. 6. Abgeordneter Fritsch

Wann ist mit der Trassierung der Autobahnstrecke Regensburg-Passau zu rechnen?

XIII. 7. Abgeordneter Ritzel

Wie sind die Benutzer der Flugzeuge der einzelnen die deutschen Flughäfen berührenden Luftfahrtgesellschaften für den Fall eines Absturzes oder sonstigen Unglücksfalles versichert

- a) im Todesfall,
- b) gegen Invalidität?

XIII. 8. Abgeordneter **Dröscher**

Wie viele Angestellte des Flugsicherungsdienstes haben bisher das Angebot des Bundesverkehrsministeriums Beamte zu werden, angenommen?

XIII. 9. Abgeordneter **Dröscher**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die zum Zwecke der Überführung möglichst aller Mitarbeiter des Flugsicherungsdienstes in das Beamtenverhältnis in die Wege geleiteten Maßnahmen weiterzubetreiben, nachdem OTV und DAG eine sofortige Einstellung gefordert haben?

XIII. 10. Abgeordneter **Ritzel**

Beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung von Vorschriften, wonach das sogenannte Langsamfahren auf den Bundesautobahnen künftig verhindert werden soll?

XIII. 11. Abgeordneter

Warum liegt das vom Bundesverkehrsmini-Dr. Müller-Emmert sterium bei einem Frankfurter Wirtschaftsprüfungsbüro in Auftrag gegebene und für Oktober 1962 angekündigte sogenannte Morgenthaler Gutachten über die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Saarpfalz-Kanals, seine technische Durchführbarkeit, sein voraussichtliches Verkehrsaufkommen und die durch seinen Bau entstehenden Kosten immer noch nicht vor?

XIII. 12. Abgeordneter Bading

Gibt es eine Betriebsanweisung der Bundesbahnverwaltung, die es zuläßt, daß Personenbahnhöfe mit schmalen Bahnsteigen, auf denen zahlreiche Fahrgäste warten, von schnell fahrenden Güterzügen mit einer Stundengeschwindigkeit von 95 km durchfahren werden dürfen?

XIII. 13. Abgeordneter Hammersen

Welche "finanzpolitischen Fußangeln" hatte der Herr Bundesverkehrsminister gemeint, als er - laut "Handelsblatt", Düsseldorf, vom 12. November 1962 — bei einer Feier aus Anlaß des 70jährigen Bestehens des "Deutschen Kanal- und Schiffahrtsvereins Rhein-Main-Donau e. V." in Nürnberg erklärte, daß durch derartige Maßnahmen in letzter Zeit die Planungen für das deutsche Wasserstraßennetz erschwert würden?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIV. 1. Abgeordneter Folger*)

Ist es richtig, daß in dem neuen Betriebsgebäude der Deutschen Bundespost für 200 Bedienstete in Rosenheim keine Toiletten und nur eine Waschgelegenheit im Keller eingebaut wurden?

XIV. 2. Abgeordneter Folger*)

Wer ist für den in Frage XIV/1 geschilderten Zustand verantwortlich und trägt die Kosten für den notwendigen nachträglichen Einbau?

XIV. 3. Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Friedensburg

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um das auch vom Bundeskanzler beklagte Mithören im deutschen Telefonverkehr durch ausländische oder womöglich auch inländische Geheimdienste abzustellen und damit das Gefühl des Vertrauens und der Sicherheit in der Bevölkerung zu verstärken?

Bonn, den 30. November 1962

^{*)} Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.